



Herausgeber:
Hauptvorstand des Allgem. Deutschen Gärtner-Vereins.

Redaktion und Expedition:
Berlin N. 37., Metzger-Strasse 3.

Protokoll der Ausschusssitzung des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins

am 6. September 1903.

Anwesend sind die Gauvorsitzenden Kollegen Bach-Köln, Bartelt-Wixhausen, Grüllenbeck-München (in Vertretung des Kollegen Weinrauch), Schmidt-Mannheim, Lindemann-Hattingen, Wegener-Hannover, Kähler-Hamburg, Wisch-Stettin, Nötzler-Danzig, Siebel-Dresden, Kamrowsky-Leipzig, Pabst-Erfurt und Woldt-Berlin-Grünwald. Vom Hauptvorstande sind anwesend die Kollegen: Klein, Behrens, Strohal, Gehrt und Löcher. Die Haupt-Revisoren Satow und Schmidt; der Redakteur Albrecht und der Hilfsbeamte Moek.

Um 9³/₄ Uhr morgens eröffnete der Hauptvorsitzende, Kollege Klein, die Ausschusssitzung, begrüßt die Anwesenden, macht sie auf ihre Pflichten aufmerksam und legt allen ans Herz, nach Recht und Gewissen zu handeln. Hierauf wird die Tagesordnung bekannt gegeben, dieselbe lautet:

- I. Besprechung über die grundsätzliche Stellung des Ausschusses zum Hauptvorstande (§§ 44, 45, 46 und 47 des Hauptstatuts).
- II. Die finanzielle Lage des Vereins.
- III. Die Gewerkschaftsfrage.
- IV. Anträge und Eingänge.

Der Vorsitzende will die Leitung der Verhandlungen dem Obmann des Ausschusses, Kollegen Bach, übergeben. Auf Wunsch des letzteren und mit Zustimmung der anderen Ausschussmitglieder leitet jedoch der Vorsitzende auch die Verhandlungen.

Bartelt-Wixhausen ersucht um Aufklärung über die Stellung der Gauvorsitzenden zum Hauptvorstande und darüber, ob die Gauvorsitzenden in der Gewerkschaftsfrage ihre persönlichen Ansichten oder die Ansichten der Mitglieder ihres Gaus zu vertreten hätten.

Behrens gibt dahin Aufklärung, dass jeder Gauvorsitzende für seine Person zu entscheiden habe, also nach seinem Gewissen.

Schmidt-Mannheim ist der Ansicht, dass jeder Gauvorsitzende die Ansichten der Mitglieder zu vertreten habe.

Siebel-Dresden meint, wenn er die Meinung der Mitglieder vertreten sollte, hätte er lieber an der Teilnahme verzichtet.

Die weitere Aussprache ergibt Übereinstimmung in der Meinung, dass jeder in allen Punkten seine persönliche Ansicht aussprechen, desgleichen über die Stimmung im Gau berichten soll,

Pabst-Erfurt ersucht, als Punkt 4 auf die Tagesordnung zu setzen: „Geschäftsführung des Vereins“; Anträge und Eingänge dagegen als Punkt 5. Es wird bemerkt, dass dieser Wunsch in Punkt 4 mit berücksichtigt werden soll.

Behrens führt über die §§ 44, 45, 46 und 47 etwa folgendes aus: „Das Statut giebt nur einen knappen Abriss. Der Ausschuss an sich ist keine Körperschaft, die über dem Hauptvorstand steht. Der Hauptvorstand kann nicht entscheiden über Urabstimmung und ausserordentliche Generalversammlung. Wenn nun der Hauptvorstand betreffs Angliederung an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands einer Meinung gewesen wäre, hätte er selbst entscheiden können. Heute habe der Hauptvorstand aber nur beratende Stimme.“

Nach längerer Debatte wird beschlossen: Der Ausschuss stimmt allein ab; bezüglich der Urabstimmung wird der Hauptvorstand unmittelbar darauf ebenfalls abstimmen. Desgleichen erhalten heute die Revisoren mit den Hauptvorstandsmitgliedern Stimmberechtigung.

In Punkt 2 giebt der Geschäftsführer einen ausführlich erläuterten Geschäftsbericht nach dem Stande am 1. September 1903. Die Bilanzierung ergibt einen Vermögensbestand von 21665 Mark. Es wird beschlossen, die Diskussion über den Bericht mit dem nächsten Punkt der Tagesordnung zu verknüpfen.

Die Sitzung wird zwecks Mittagspause 12¹/₂ Uhr vertagt und 1³/₄ Uhr wieder aufgenommen.

Albrecht referiert über die Gründe, die ihn veranlasst haben, die Gewerkschaftsfrage gerade jetzt wieder aufzurollen und eine endliche Entscheidung herbeizuführen.*)

Albrecht hat folgenden Antrag eingereicht:

„Die Ausschusssitzung wolle beschliessen, den Mitgliedern folgenden Antrag zur Urabstimmung zu unterbreiten:

Antrag: Der Allgemeine Deutsche Gärtnerverein gliedert sich der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands an. Die Beiträge an die Generalkommission — pro Mitglied und Vierteljahr 4 Pfennige — leistet die Hauptkasse.

Den einzelnen Zweigvereinen bleibt es freigestellt, ob sie sich den etwa in ihrem Orte bestehenden Gewerkschaftskartellen anschliessen wollen oder nicht. Der Hauptvorstand wird den Anschluss an diese Kartelle überall dort empfehlen, wo agitatorische oder andere wichtige Gründe dem nicht entgegenstehen.“

Siebel-Dresden meint, er könne die Ansichten des Kollegen Albrecht nicht begreifen, da dieser eine Vielseitigkeit

*) Das Referat ist in seinem ersten Teile in der vorigen Nummer im Wortlaut abgedruckt.

in seinen Ansichten bewiesen habe. Redner bemerkt, er müsse bei seinen weiteren Ausführungen etwas persönlich werden. Kollege Albrecht war nach seinen eigenen Angaben Anhänger der marxistischen Lehren. (Albrecht widerspricht durch Zwischenruf). Der erste Erfolg, den er in der Gewerkschaftsfrage erzielt habe, sei der gewesen, dass sich die Thüringische Gauvereinigung im Jahre 1899 auflöste. Später legte Albrecht sein Schafskleid ab. Jetzt sei die Sache weiter nichts als ein Hinübermogeln der Mitglieder; dieses führt aber zur Zersplitterung des Vereins.

Behrens führt aus, dass sein Ziel eine wirklich aktionsfähige Gärtnerorganisation sei. In seiner 12jährigen, gewerkschaftlichen Tätigkeit habe ihm die Erfahrung gelehrt, dass es die eigentümliche Stellung der Gärtner nicht zulasse, sich irgend einer Gewerkschaft anzuschließen. Die modernen Gewerkschaften seien sozialdemokratischer Tendenz; es ist weiter nichts als ein Einexerzieren in das sozialdemokratische Programm. Der Ruf, der auf uns fällt, sei schon jetzt ein sozialdemokratischer. Redner ist kein Anhänger des gewerkschaftlichen Darwinismus. Erfolgt ein Anschluss, so sei die Zersplitterung unausbleiblich. Die Deutsche Gärtner-Vereinigung wird nur von der Generalkommission d. G. D. unterhalten, um uns zu zerstören. Jedem aufgeklärten Gewerkschaftler, dem das Wohl des A. D. G.-V. am Herzen liegt, kann mit dieser Mache nicht einverstanden sein. Jeder, der eine feste politische Ueberzeugung hat, ist ein ehrlicher Kerl. Uns ist es nicht möglich, dass wir uns der Generalkommission d. G. D. anschließen. Redner führt ferner an, bei seiner Wahl zum besoldeten Geschäftsführer habe er die Bedingung gestellt, sich in seiner politischen und religiösen Anschauung keinen Vorschriften zu unterwerfen; denn in unserm Verein handele es sich nicht um die politische Meinung des Einzelnen. Er will nicht, dass die Mitglieder „hinübergemogelt“ werden. Diejenige Richtung, die verliert, muss ja doch sofort ihre Konsequenzen ziehen.

Bartelt-Wixhausen: Der Anschluss an die Generalkommission der G. D. ist das Grab des A. D. G.-V. Durch die jetzigen Artikel in der Zeitung wurde die Agitationslust völlig lahm gelegt.

Woldt-Grunewald, als Befürworter des Anschlusses, ist der Ansicht, dass die Mitglieder vor eine vollendete Tatsache gestellt werden müssen, sonst fallen die gewerkschaftlich nicht reifen sofort ab. Redner ist für Urabstimmung und zwar sobald wie möglich.

Nötzler-Danzig ist anderer Ansicht als sein Vorredner. Im Nordostdeutschen Gau ist keine Stimmung für den Anschluss und würden die bestehenden Vereine sofort ihren Austritt erklären. Wenn wir im Osten etwas erreichen wollen, müssen wir den neutralen Weg einhalten. Redner ersucht, den Anschluss an die Generalkommission d. G. D. abzulehnen.

Schmidt-Mannheim: Die modernen Gewerkschaften vertreten die Interessen der Arbeitnehmer. Die Gärtner sind zu abgeschlossen; sie verstehen nichts von Lohnkämpfen und der Taktik der modernen Gewerkschaften. Der Berliner Landschafterstreik hat die Gewerkschaftsfrage ins Rollen gebracht. Die Mitgliederzahl hat sich bei Behandlung der Gewerkschaftsfrage auf ihrer Höhe erhalten. Wenn die modernen Gewerkschaften der Sozialdemokratie einen Zuwachs stellen, so sei das nur natürlich. Die Gewerkschaftsfrage sei für die Zukunft in der Tat zum grossen Teil eine Finanzfrage. Politische Fragen gelegentlich zu erörtern, insbesondere Sozialpolitik, kommen wir garnicht darum. Redner ist für Redefreiheit in der Zeitung.

Wisch-Stettin schliesst sich Bartelt's Ausführungen an. Stralsund ist schon ausgetreten, der Pommersche Gau sei dann ebenfalls verloren.

Bach-Köln. Wir streiten uns heute überflüssig herum. Der Verein hat einen Rückschritt gemacht. Der Ausschuss ist zusammengekommen, um den Verein wieder aufzubauen, was nach Lage der Sache jedoch nicht möglich sei. Redner schlägt Urabstimmung vor und zwar möglichst schnell, damit keine Richtung noch grosse Propaganda machen kann; im Gegenteil, die Mitglieder sollen völlig unbeeinflusst sein.

Wegener-Hannover ist mit der vorgeschlagenen Urabstimmung einverstanden und appelliert, später den gegenseitigen Kampf anständig zu führen.

Kähler-Hamburg ersucht, die Abstimmung noch etwas hinauszuschieben. Die Fundamentalgrundsätze der modernen Gewerkschaften sind nicht mit denen der sozialdemokratischen Partei übereinstimmend. Redner liest einige Briefe vor, die Behrens an Kollegen in Hamburg gerichtet hat, in welchen Schreiber seine Ansichten zur Gewerkschaftsfrage darlegt. Spricht noch weiter von Behrens, der 1901 gesagt haben soll: „Wenn wir zu den Gewerkschaften gehen, dann alle; ich gehe mit.“

Nötzler-Danzig wünscht im Gegensatz zu Kähler, dass die Abstimmung so schnell wie möglich erfolgt, damit man wüsste, woran man sei; er weist nochmals auf die Stellungnahme des Nordostdeutschen Gaus zum Anschluss hin. Nur, wenn wir neutral bleiben, können wir etwas erreichen.

Behrens berichtigt Kähler's Ausführungen dahin, dass er sich des Ausspruches nicht erinnern könne. Die Briefe habe er nur an Personen gerichtet, die ihn um seine Meinung gefragt haben.

Pabst-Erfurt ist davon überzeugt, dass der Anschluss an die Generalkommission d. G. D. früher oder später doch erfolgen wird. Wenn wir wieder ins alte Fahrwasser kommen, hat der Verein keinen Wert mehr. Das Prinzip der Bewegung muss sich Bahn brechen und auf den Klassenkampf konzentrieren. Der Anschluss an die Gewerkschaften ist nur noch eine Prinzipienfrage. Unsere Zeitung muss die Mitglieder vor allen Dingen gewerkschaftlich erziehen. Die wissenschaftlichen Artikel sollten erst in zweiter Linie stehen.

Kamrowsky-Leipzig tritt entschieden für Angliederung an die Gewerkschaften ein. Er rechnet es Albrecht hoch an, dass derselbe jetzt die Frage wieder aufgerollt hat. Redner greift auf die Vergangenheit der Gärtnerbewegung zurück, berührt die gegenwärtige Strömung der Arbeiterbewegung sozialdemokratischer Tendenz und schliesst seine Ausführungen mit den Worten: „Der Tüchtigste gebe die Parole!“

Schmidt-Mannheim spricht sich noch dahin aus, dass ein Zusammenschluss mit der D. G.-Vg. (Hamburg) erzielt werden müsse und weist aus dem Protokoll des Erfurter Gärtnerfestes 1896 nach, dass die D. G.-Vg. (seinerzeit Zentralverein) schon damals die Hand zur Verschmelzung geboten habe. Im Uebrigen ist Redner der Meinung, dass auch in der von Kollegen Behrens angedrohten, neu zu gründenden Sonderorganisation binnen einigen Jahren die Gewerkschaftsfrage sich wieder hervordrängen wird.

Löcher ist der Ansicht, dass wir gegebenen Falles zu schwach sind, unsere Lage aus eigener Kraft zu verbessern. Wir müssen die Gewerkschaften hinter uns haben. Wenn die Gärtner ohne dieselben in Lohnkämpfe eintreten, schneiden sie sich ins eigne Fleisch. Redner erklärt noch, dass die von Behrens angewendete Bezeichnung „Mogeln“ in ganz anderem Sinne aufzufassen sei. Dass der Hauptvorstand seinerzeit die Erörterung der Gewerkschaftsfrage in der Zeitung nicht zugelassen habe, sei geschehen, um die Sache nicht ins Uferlose zu versetzen.

Lindemann-Hattingen: Der Westfälische Gau ist gegen einen Anschluss an die Gewerkschaften. Nach Lage der Sache sei eine Zersplitterung unvermeidlich. Die Artikel in der Zeitung sollen bis zur Urabstimmung sachlich und nicht persönlich gehalten werden.

Grüllenbeck-München: In Bayern ist eine grosse Zukunft, aber nur auf neutralem Boden. Er ist gegen Anschluss an die Gewerkschaften.

Gehrt ist der Ansicht, dass die Gärtner dahin gehören, wo tausende anderer Arbeiter sich jetzt schon befinden, und das ist die Generalkommission der G. D. Sobald irgend ein Beruf in eine Lohnbewegung eintritt, werden die Ausständigen immer als Sozialdemokraten angesehen, ob sie es sind, oder nicht. Wir müssen die Mitglieder gewerkschaftlich aufklären.

Albrecht führt aus, es habe ihm ferngelegen, Behrens aus seiner politischen Partei-Stellung einen Vorwurf zu machen; er habe lediglich erklären wollen, dass die Abneigung gegen die freien Gewerkschaften dieser persönlichen Partei-

stellung entspringe. Im Uebrigen sei jeder achtbar, der im politischen Leben für die Volkssache kämpfe; wenn die ehrliche Absicht und Ueberzeugung dabei sei, komme es auf die Parteifahne nicht an. Redner tritt für Urabstimmung ein und verlangt bis zum Tage der Abstimmung die Zeitung vollständig zu freier Meinungsäußerung freigestellt. Alles Persönliche müsse aus den Auseinandersetzungen fern bleiben. Er wolle mit Behrens alle Eingänge gemeinsam durchgehen und diese daraufhin prüfen bzw. korrigieren, damit die Mitglieder sich ein möglichst ungetrübttes Bild machen können. — Was eine etwaige Abspaltung vom Verein betreffe, die Kollege Behrens androhe, so meint Redner, dass Kollege Behrens sorgen wird, diese dann in das Lager der christlichen Gewerkschaften überzuführen.

Woldt-Grunewald ist ebenfalls für freie Erörterung in der Zeitung mit der Bedingung, dass nur die sachlichen Punkte zum Austrag gelangen. Die Urabstimmung möge dann aber sobald als möglich vor sich gehen.

Auch Wegener-Hannover schliesst sich dem Albrecht'schen Vorschlage an.

Nach noch einigen Erörterungen wird abgestimmt. Im ersten Abstimmungsgange stimmen sämtliche Ausschussmitglieder (Gauvorsitzenden) für Urabstimmung. Der zweite Abstimmungsgang (Hauptvorstand und Revisoren) zeitigt ebenfalls Einstimmigkeit.

Von den im Verlaufe der Debatte eingegangenen Anträgen wird der von Schmidt-Mannheim einstimmig angenommen:

„Die Urabstimmung hat mittels vorgedruckter Stimmzettel zu erfolgen. Diese Stimmzettel sind ähnlich anzufertigen, wie die Wahlzettel zur Generalversammlung 1902 und müssen die Unterschrift und die Mitgliedsbuchnummer des Abstimmenden tragen. Stimmberechtigt ist jedes Mitglied des A. D. G.-V., welches bis einschliesslich Monat Juli seine Beiträge bezahlt hat. Die Urabstimmung hat in der ersten Oktobersitzung der Zweigvereine stattzufinden.“

Ueber diese Urabstimmung ist ein genaues Protokoll zu führen, das mit den Wahlzetteln zusammen an die Hauptgeschäftsstelle einzusenden ist.

Stellt sich bei der Abstimmung heraus, dass Anhänger und Gegner des Anschlusses in einem Zweigverein vorhanden sind, so haben ausser dem Vorsitzenden und Schriftführer des Zweigvereins auch noch je ein Anhänger und Gegner des Anschlusses das Protokoll mit zu unterzeichnen.

Die Stimmzettel und Wahlprotokolle müssen bis zum 15. Oktober eingeliefert sein. Später eingehende haben keine Giltigkeit.“

Die den Mitgliedern zur Abstimmung vorzulegende Frage wird lauten: „Sind Sie für eine Angliederung des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins oder dagegen?“

In Punkt 4 der Tagesordnung beschwert sich Pabst-Erfurt über die Geschäftsführung im letzten Jahre, die Redner bemängelt. Auch Nötzler-Danzig bringt mehrere Beschwerden vor. Desgleichen Wisch-Stettin über die Zeitung. Der Geschäftsführer Behrens giebt in einigen Punkten die Berechtigung der Beschwerden zu, und führt die Ursachen an, aus welchen die Mängel hervorgegangen sind.

Nötzler-Danzig wünscht, zwecks Agitation im Osten, Zuschüsse von der Hauptkasse. Dieser und andere Anträge werden zur Kenntnis genommen. Im Uebrigen muss aber erst das Ergebnis der Urabstimmung abgewartet werden. Aus gleichem Grunde wird darauf verzichtet, in eine Debatte über die derzeitige geschäftliche und finanzielle Lage des Vereins einzutreten.

In der „Rechtsfrage“ erhält der Hauptvorstand Vollmacht, neu zu petitionieren und die Forderung, dem Antrage Albrecht gemäss, dahin zu erweitern, dass die gesamte Gärtnerei, mit Ausnahme des Obst- und Weinbaues, der Gewerbeordnung unterstellt wird.

Schluss der Ausschusssitzung abends 8 Uhr.

Ernst Moeck, Schriftführer.

Zur Urabstimmung!

I.

Der knapp bemessenen Zeit wegen war es mir nicht möglich, in der Ausschusssitzung die in der Streitfrage ausserdem*) noch ausschlaggebenden Gesichtspunkte so zu erörtern, wie ich es zur sachlichen Beurteilung für erforderlich halte. Ich nehme daher die Gelegenheit wahr, dieses hier nachzuholen und meinen Standpunkt ausführlicher zu begründen. Kollege Behrens wird dem gegenüber seine Anschauungen den meinigen sogleich nachfügen.

Zunächst wäre noch einiges zu sagen über die sogen. „sozialdemokratische Gefahr“. Ich führte schon aus, dass die Bedenken, mit denen wir uns bisher immer gegenüber unseren Arbeitgebern getragen haben, jetzt nicht mehr in die Wage fallen dürfen. Für unsere Arbeitgeber sei immer ausschlaggebend, wie wir gewerkschaftlich stehen; bemühen wir uns da in ernster und nachdrücklicher Weise, unsere Arbeits- und Lohnverhältnisse zu verbessern, so werde man uns eben als „Sozialdemokraten“ bezeichnen, wie man das ja schon jetzt getan habe. Es werde deswegen auch die Angliederung an die Generalkommission hier nichts ändern. Ich füge dem hier hinzu, dass eine Abänderung dieser Stellungnahme unserer Arbeitgeber nur dann zu erwarten steht, wenn wir die Tendenz unseres Vereins grundsätzlich ändern, wenn wir unsern Verein grundsätzlich nur auf die Basis des blossen Unterstützungsvereins mit Einschluss der Fachbildungspflege einstellen. Ich darf hierbei an die Worte erinnern, die auf unserer letzten Generalversammlung selbst der Vertreter der christlichen Gewerkschaften aussprach: „Meine Herren, wie Sie sonst organisiert sind, wird auf die Stellungnahme Ihrer Arbeitgeber wenig von Einfluss sein; sobald Sie in ernstliche Kämpfe verwickelt werden, machen die Arbeitgeber keinen Unterschied, ob Sie neutral, oder ob Sie da oder dort angegliedert sind. Die christlichen Gewerkschaften haben sich infolge ihrer gewerkschaftlichen Taktik genau so missliebig gemacht, wie die anderen.“

Kollege Behrens legt nun in seinem „Warnungsurf in der elften Stunde“ ein Hauptgewicht auf die Herrschaftsgärtner. Dazu ist mindestens das Gleiche zu sagen, was ich bezüglich unserer gewerblichen Arbeitgeber ausführte. Das heisst: Herrschaften, die sich überhaupt darum kümmern, ob ihre Gärtner organisiert sind, die fragen noch viel weniger danach, wie und wo man organisiert ist. Es sind nur sehr wenige Herrschaften, die sich um diese Privatsache ihres angestellten Gärtners bekümmern; die Herrschaften sehen in 99 von 100 Fällen nur auf die fachliche Leistungsfähigkeit und auf die moralischen Qualifikationen ihres Gärtners; sagen ihnen diese zu, und arbeitet der Gärtner zudem noch für ein möglichst niedriges Gehalt, stellt er auch sonst keine zu hohen Ansprüche in der Behandlungsweise, erniedrigt er sich in letzterer Beziehung nach Möglichkeit, dann mag die Organisations-Zugehörigkeit sein, wo sie will, dann mag auch die politische Gesinnung irgendwo liegen; das ist, wie gesagt, in 99 von 100 Fällen den Herrschaften durchaus gleichgiltig. Und Herrschaften, die sich wirklich darum kümmern, nun, diese Herrschaften wenden sich gegen den unschuldigsten Unterstützungsverein genau so, wie gegen eine ausgesprochene Gewerkschaft. Dieses auch in Stellenvermittlungssachen. Und so „blühend“, wie es manchem erscheinen könnte, ist in der Tat unsere Stellennachweiseinrichtung wirklich nicht. Gewerbliche Arbeitgeber, die Gegner einer Gehilfenorganisation sind, wenden sich schon heute nur dann an unsere Nachweise, wenn sie auf anderem Wege Gehilfen nicht bekommen können; schon heute erfahren wir die offenen Stellen bei organisationsgegnerschen Arbeitgebern nur durch unsere Mitglieder selbst, und wir können diese Stellen auch nur besetzen lassen, wenn die betreffenden Bewerber sich nicht auf unsern Nachweis berufen, sondern sagen, dass sie „von Jemand gehört hätten“, in der Gärtnerei wäre eine Stelle offen. Und von Herrschaftsstellen sind seit jeher wirklich „bessere Stellen“ im ganzen Jahre vielleicht 20 von den Herrschaften selbst gemeldet worden; die anderen erfahren wir „unter der Hand“ und besetzen sie auch so.

*) Siehe Artikel (Referat) in der vorigen Nummer.

Es steht für mich unumstösslich fest, dass unser Stellen-nachweiswesen, das ich selbst in der Hauptgeschäftsstelle über zwei Jahre mit grösstem Interesse geführt habe, und wo ich Beobachtungen nach den verschiedensten Seiten anstellte, durch eine Angliederung unseres Vereins an die Gewerkschaften irgendwie nennenswert nicht berührt werden kann. Lasse man also solche Bedenken doch fallen; wir täuschen uns damit nur selbst und erfüllen innerlich noch nicht genügend gefestete Mitglieder mit unberechtigten Vorurteilen.

Ein weiterer Punkt, der bei dem Schritt des Anschlusses an die Generalkommission d. G. D. erwogen werden muss, ist das **künftige Verhältnis der Deutschen Gärtnervereinigung zu unserer Organisation**. In den letzten drei-viertel Jahren ist von jener Seite gegen uns mit Mitteln gekämpft worden, die die Grenzen des Anstandes oft weit überschritten haben. Es ist deshalb nur zu natürlich, wenn viele unserer Mitglieder gegen die Veranlasser und Ausführer jener Angriffe mit einem selten grossen Widerwillen erfüllt sind. Ich kann das durchaus jedem nachfühlen und gestehe, dass mich persönlich diese geübte Kampfweise sogar mit Abscheu und Ekel erfüllt hat; dass es mir eine sehr, sehr grosse Selbstüberwindung kostet, all dieses als nicht gewesen wegzustreichen. Aber, — wenn das Interesse der Gärtnerbewegung, wenn die Fortentwicklung unseres Vereinslebens dieses erheischt, dann muss man seine persönlichen Gefühlserregungen meistern können, dann muss man im Notfalle selbst dann schweigen können, wenn man auch noch so sehr verdächtigt und in den Schmutz gezerzt wird; dann muss man sich sogar selbst opfern können. Und ich bin entschlossen, diese Opfer zu bringen, ich bin entschlossen, all das hier inbetracht Kommende zu vergeben und zu vergessen, es als nicht geschehen zu betrachten, — wenn das Interesse unseres Vereinslebens dies erheischt. Und es liegen heute die Verhältnisse so, dass das Opfer gefordert wird. Wer unserer Organisation mit dem Herzen angehört, wem die ganze deutsche Gärtnerbewegung Herzenssache ist, der muss sich der gleichen Auffassung anschliessen!

Allerdings: an ein Aufgeben des Namens unseres Vereins kann garnicht gedacht werden. Alle Zweckmässigkeitsgründe sprechen für Beibehaltung des Namens „Allgemeiner Deutscher Gärtnerverein“. Wenn in der letzten Zeit, wie schon erwähnt, auf der Seite der D. G.-Vg. auch häufig genug das kleinlichste Nörglertum herrschend war, — angesichts des grossen Ernstes der Sachlage dürfen wir erwarten, dass man unsern rein praktischen Erwägungen beitreten wird. Denn soviel ist eben sicher: die beiden Vereine unter einem neuen Namen zu vereinigen, würde die gleiche Bedeutung haben, wie wenn die vereinigten beiden Verbände unter dem Namen „Deutsche Gärtnervereinigung“ marschierten; das heisst: auf eine grössere Ausbreitungs- und Handlungsfähigkeit würde nicht zu rechnen sein. Wohl aber steht eine solche mit Sicherheit zu erwarten unter dem Namen unseres Vereins, auf dessen Basis und dessen Tendenz, das heisst auf dem Boden der Neutralität.

Vergegenwärtigen wir uns noch eines anderen Momentes, das bei Angliederung an die Gewerkschaften inbetracht kommt:

Es giebt in den Organisationen eine kleinere Anzahl von Kollegen, die sich einbilden, der aufgeklärte, zeitgemäss denkende Gewerkschaftler kennzeichne sich durch möglichst krakehlradikalistische Redereien und durch fortwährendes Nachschwätzen von sogenannten „aufgeklärt“, „modern“ und „klassenbewusst“ klingenden Phrasen und sonstigem unreifen, von ihnen nicht verdaulichem Zeuge. Diese „Aufgeklärten“ haben seit jeher unnennbares Unheil angerichtet. In der kleineren Organisation (D. G.-Vg.) konnten sie das deswegen, weil dort zu ungenügendes Gegengewicht vorhanden war, das ihren Einfluss hätte zurückweisen können. Und in der grösseren Organisation (A. D. G.-V.) vermochten sie das daher, weil diese den Gewerkschaften nicht angegliedert war und weil dadurch für sie ein Scheingrund für ihre „höhere Arbeitermoral“ vorlag. Sind wir allesamt angegliedert, dann wird man diese Unheilstifter auch unschädlich machen können; dann werden ihnen auf der einen Seite die Waffen ge-

nommen, und auf der anderen können sie zum Schweigen gebracht werden, sofern sie sich nicht an ein ruhiges, klares Denken gewöhnen.

Ich meine, dieses Moment sei auch gewichtig genug, dass man es mit anführt. Es ist ein für die deutsche Gärtnerbewegung unwürdiger Zustand, dem Mäulhelden- und Krakehlertum noch weiterhin den derzeitigen Einfluss zu lassen?

Zum Schlusse muss ich kurz noch etwas hervorheben, das an sich ja selbstverständlich wäre, dessen Verschweigen aber Missverständnisse zeitigen könnte. Ich habe in der Ausschusssitzung vornehmlich auf die materielle und finanzielle Seite unserer Streitfrage Gewicht gelegt. Es ist ganz selbstverständlich, dass eben so gewichtig auch die ideale und sittliche Seite ist, das heisst: die Pflicht der Solidarität mit der übrigen gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft. Ich brauche hier wohl nur kurz zu erklären, dass diese Seite der Frage für alle im A. D. G.-V. organisierten Kollegen nicht mehr strittig ist oder strittig sein sollte; denn sowohl auf der Generalversammlung in Frankfurt a. M. (1900), wie auch auf der in Hannover (1902) wurde einstimmig diese Pflicht anerkannt (siehe die betreffenden Resolutionen!) Ich kann deshalb wohl mit Recht durch diesen einfachen Hinweis darüber hinweggehen; diese Seite der Frage ist ja erledigt. Oder etwa doch nicht? Nun, dann waren alle die bisherigen Sympathieerklärungen nichts weiter wie ein leeres Spiel mit Worten; dann haben uns die betreffenden Generalversammlungsabgeordneten über den Grad der gewerkschaftlichen Reife unserer Mitglieder und über deren gewerkschaftliches Wollen getäuscht. Und dann würde die Folge sein, dass wir uns auch durch die heutige Betonung der materiellen Seite einer Täuschung über die gewerkschaftliche Geistesverfassung unserer Mitglieder hingegeben hätten. Die Urabstimmung wird uns alle darüber die notwendige Aufklärung geben. Was mich betrifft, so habe ich bisher an die Wahrhaftigkeit und den Ernst der ausgedrückten Sympathien geglaubt. Auf diese mich stützend, gab ich die Anregung, die Angelegenheit nunmehr endlich auch äusserlich zur Erledigung zu bringen. Und ich glaube noch heute daran. Ich glaube daran, dass die in unserm Verein organisierten Kollegen gewerkschaftlich soweit entwickelt sind, um die Zusammenhänge begreifen zu können und ihre Pflichten zu verstehen. Und deshalb rechne ich auch mit Bestimmtheit darauf, dass die Kollegen nunmehr ebenfalls für die Angliederung stimmen werden.

Meine felsenfeste Ueberzeugung ist die, dass uns in den kommenden Jahren Zeiten bevorstehen, wo uns die gelegentliche Hilfe anderer Gewerkschaften sehr not tun kann. Das Vorspiel von dem Ernste solcher Sachlage haben wir in den bisherigen Aussperrungen und in der Berliner Tarifbewegung. Die Zeichen deuten auf Sturm. Und deswegen müssen wir uns rüsten.

Ich hielt es für meine Pflicht, die Kollegen demgemäss zu warnen; hören sie auf diesen Warnruf nicht, nun, dann haben sie es sich selbst zuzuschreiben; wenn später die Wogen ihr Schiff umwerfen, wenn ihr vieles Mühen und Arbeiten fruchtlos in die Tiefe versinkt.

Ich ziehe aus meinen Erfahrungen, die sich ebenfalls über einen Zeitraum von 12 Jahren erstrecken, die Lehre, die ich vorgetragen habe. Nur die Sorge um das Wohlergehen der Kollegen rief mich auf den Plan, bestimmte mich, die Kollegen auf die kommenden Gefahren aufmerksam zu machen; nichts anderes, und ganz besonders nicht eine parteipolitische Stellungnahme für die Sozialdemokratie, sintemalen ich dieser Partei garnicht angehöre. Mir ist es so gleichgiltig wie etwas, ob durch den einen oder andern Vorgang die eine oder die andere politische Partei etwas profitiert oder verliert; ich vertrete den Standpunkt, dass nicht Gewerkschaften politischen Parteien dienen sollen, sondern umgekehrt: dass die Gewerkschaften sorgen müssen, sich diese Parteien dienstbar zu machen, und zwar soviel Parteien, als irgend möglich. Ich werde deswegen Bestrebungen gegen- teiliger Art auch stets entschieden entgegentreten; beziehent-

lich werden die Kollegen, wo sie genötigt sind, solchen entgegenzutreten, bei mir stets volle Unterstützung und Rückhalt finden.

Ich bedauere deswegen die Erklärung des Kollegen Behrens, er werde bei Anschluss an die Generalkommission der Gewerkschaften von unserm Verein zurücktreten, auf richtig. Und ich kann nicht anerkennen, dass es im Interesse der deutschen Gärtnerbewegung und im Interesse der Gärtnerhilfenschaft liegt, wenn Kollege Behrens die Drohung wahr machen und mit den Freunden seiner Richtung dem A. D. G.-V. einen neuen Gegenverband entgegenstellen wollte. Ein solcher Gegenverband müsste entweder ein reiner Unterstützungs-, Geselligkeits- und Bildungsverein sein, der das Gewerkschaftsgerede nur als Gimpelfang benutzt; oder er würde innerhalb einiger Jahre wieder vor die gleiche Frage gestellt, die jetzt durch die Urabstimmung entschieden werden soll. Da nun Kollege Behrens, wie er mir versichert hat, mit seinen Anhängern und Freunden entschlossen ist, seinen in Aussicht genommenen neuen Sonderverband gleich von vorn herein so einzurichten, dass eine Gewerkschaftsangliederungsfrage in demselben niemals mehr diskutiert werden darf — bei Strafe des Ausschlusses aus dem Verbands —, und da die gleiche „Reorganisation“ auch im A. D. G.-V. platzgreifen würde, wenn die bevorstehende Urabstimmung zu Ungunsten der Angliederungsbefürworter ausfiele, so muss sich jetzt ein Jeder über die Situation klar sein:

Wer gegen die Angliederung stimmt, der stimmt nicht etwa nur noch für eine „Vertagung“ oder für eine „abwartende“ Haltung, sondern der stimmt zugleich auch für **Ablehnung auf alle Zeit!** Wer aber der Ansicht oder Ueberzeugung ist, dass die Frage trotz etwaiger derzeitiger Ablehnung später wiederkommen wird und dass er dann vielleicht später dafür stimmen könnte, der hat jetzt die Pflicht, für die Angliederung zu stimmen! Halbheiten sind jetzt nicht mehr am Platze. Jetzt giebt es nur noch ein **„Entweder — Oder!“**

Mache daher jeder die Frage mit seinem Gewissen ab, und ziehe er den klaren Verstand, die nüchterne Vernunft und ein für die deutsche Gärtnerbewegung warm schlagendes Herz als Berater hinzu! Die Entscheidung ist eine **entgeltige**; von dem Gesamtausfall ist die Gestaltung unseres ganzen künftigen Vereinslebens abhängig. Prüfe sich also ein Jeder ernst und auf's Gewissenhafteste. Meiner Ueberzeugung nach kann da niemand, der die Verhältnisse klar übersieht, noch irgendwie wanken, er muss

für die Angliederung an die Gewerkschaften

stimmen! Jetzt oder niemals!

Otto Albrecht.

II.

„Auf dem Wege des Theoretisierens allein ist die Gewerkschaftsfrage nicht zu erledigen.“ Das ist von jeher mein Standpunkt gewesen. Wir müssen die Gärtner und unsern Verein so nehmen, wie sie sind und auch die Gewerkschaften (sozialdemokratischer Tendenz) so beurteilen, wie sie sich im Volksleben wirklich verhalten. Wir müssen aber nicht nur das Theoretisieren sondern auch alle Schönfärberei und Selbsttäuschung unterlassen. Ich werde deshalb meinen Gegnern auf diesem Gebiete nicht folgen, sondern die nackten Tatsachen reden lassen.

Auf dem ersten Gärtnertage in Erfurt 1896 wurde folgende Resolution angenommen, in der es zum Schlusse heisst: „erklärt der Gärtnertag, für das Zustandekommen einer Organisation zu sorgen, **in der es möglich wird, dass sämtliche bestehenden Vereine, den angegebenen Verhältnissen entsprechend, ihre Interessen vertreten können.**“ Diese Resolution schreibt uns klar und deutlich den neutralen Weg vor. Von einem Anschlusse an die Gewerkschaften war auf dem Gärtnertage keine Rede; ja, die Vertreter der D. G.-Vg. verzichteten, der Not gehorchend, auf die „Klassenkampfklause!“¹ Dadurch war also grundsätzlich die Notwendigkeit einer unabhängigen Einigungsorganisation, und als solche kam doch nur der A. D. G.-V. in Betracht, anerkannt. Vier Jahre später, auf der V. Generalversammlung, 1900, in Frankfurt a. M., stand die „Gewerkschaftsfrage“ zum ersten Male

auf der Tagesordnung. Ohne Debatte wurde eine Resolution angenommen, in der es unter 3 heisst:

„3. Trotz diesem aber können wir für unsern Verband, den A. D. G.-V., eine feste Angliederung an eine der drei genannten Gruppierungen zurzeit noch nicht befürworten; denn wir müssen noch **ein Weiteres zur Bedingung** stellen: Die **praktische Neutralität** der gewerkschaftlichen Organisation und Bewegung gegenüber parteipolitischen und religiösen Fragen und Anschauungen. Und diese erachten wir heute bei noch keiner der drei in Betracht kommenden Gruppen in der erforderlichen — der Arbeiterschaft allgemein nutzbringenden — Weise zum Ausdruck gebracht.

Die aufgeworfene „Anschlussfrage“ ist darum für uns noch nicht spruchreif, weswegen wir beschliessen, uns noch weiterhin dazu ablehnend zu verhalten.“

Es ist also keineswegs nur von den soz.-dem. Gewerkschaften (in denen sich damals übrigens eine sehr starke Strömung geltend machte, die praktische Neutralität verlangte) die Rede; sondern in der Resolution werden die drei Richtungen, die „freien“, die „Hirsch-Dunckerschen“ und die „christlichen“ ganz gleich behandelt. Wenn also im Nachsatz die „Anschlussfrage“ gewissermassen vertagt wird, so ist die **Voraussetzung** für einen späteren Anschluss, dass **nur diejenige** Gruppe in Betracht kommen kann, welche die geforderte praktische Neutralität auch wirklich erfüllt. Da nun aber in den „freien“ Gewerkschaften, nach dem Lübecker sozialdemokratischen Parteitag, auf welchem ausgesprochen wurde, dass man keine Marschlinie von Bebel bis Naumann wolle, ein völliger Umschwung eintrat, so bekam an Stelle der Neutralitätsbestrebungen die offen ausgesprochene **sozialdemokratische Tendenz die Oberhand**. Auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongress 1902 sprach der Vorsitzende Bömelburg ohne Widerspruch aus der Versammlung offen aus, dass **die deutsche Gewerkschaftsbewegung und die Sozialdemokratie eins seien**.

So lagen die Dinge zur Zeit der VI. Generalversammlung Hannover 1902. Die Gewerkschaftsfrage bildete den Hauptpunkt der Tagesordnung. Das Resultat der eingehenden Diskussion war die Annahme der abgeänderten Albrechtschen Resolution; diese hatte folgenden Wortlaut:

„I. Die Entwicklungsgeschichte des gärtnerischen Vereinslebens hat im allgemeinen bewiesen und die im Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein während der letzten beiden Jahre stattgehabte Erörterung der sogen. „Gewerkschaftsfrage“ hat dies im besonderen bis zur Gründlichkeit bestätigt,

dass in Angliederung an die Gemeinschaft der sogenannten freien Gewerkschaften (soz.-dem. Tendenz) unter gegebenen Verhältnissen eine wirklich aktionsfähige Gärtner-Gewerkschaft nicht zu erreichen ist.

Nachweis:

Der Zentralverein der Gärtner (jetzige Deutsche Gärtnervereinigung), welcher jener Gruppe schon kurze Zeit nach seiner Begründung im Jahre 1891 beitrug und derselben seither angehört, verringerte seine Mitgliederzahl in diesen 11 Jahren von ca. 1000 bis auf wenig über 300. Laut Statistik der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist dies die einzige dieser Generalkommission angegliederten Organisationen, welche einen Rückgang zu verzeichnen hat. Nennenswert über 300 Mitglieder ist bezeichneter Verein während der letzten sechs Jahre nicht mehr hinausgekommen. Er zählte Mitglieder 1892: 986, 1896: 357, 1899: 300, 1901: 323, (1902: 312, erste Halbjahr 1903: 320. Behrens).

Im Gegensatz hierzu entwickelte sich der Allgemeine Deutsche Gärtnerverein, seit er seinen gewerkschaftlichen Charakter annahm und sich als wirklich freie Gewerkschaft, das heisst als parteipolitisch unbeeinflusst und zugleich nach jeder Seite hin auch als äusserlich unabhängige, nur auf die eigene Kraft gestellte Berufsorganisation betätigte, in zusehendem Masse. Er zählte Mitglieder 1896: 1500, 1898: 2800, 1900: 4700. Nachdem dann die Erörterung der Frage einer Angliederung des Vereins an die Gewerkschaften in den Vordergrund trat, ergab sich eine allgemeine Verminderung der

Arbeitsfreude und Werbetätigkeit seiner Mitglieder, und die gewerkschaftliche Aktionsfähigkeit des Vereins wurde bei gleichzeitigem Mitgliederabfall auf das Empfindlichste geschwächt.

II. Der Allgemeine Deutsche Gärtnerverein verschliesst sich keineswegs der Einsicht, dass im allgemeinen die Zusammengliederung der einzelnen gewerkschaftlichen Berufsverbände zum Zwecke der gegenseitigen Hilfeleistung und Unterstützung in den wirtschaftlichen Kämpfen ein Gebot der bestehenden sozialwirtschaftlichen Verhältnisse ist. Er geht dabei von dem Gedanken aus, dass die Grundlage dieser allgemeinen Solidarität zunächst auf der Grundlage der kameradschaftlichen Solidarität jeder einzelnen Gewerkschaft beruhen muss: Ohne eine solche, ohne dass eine Berufsorganisation in sich selbst gefestigt ist, eine Macht darstellt und achtunggebietend auftreten kann, kann sie weder der allgemeinen Bewegung und Organisation sonderlich nützen, noch diese ihr.

Der gegenwärtige Zustand, dass nicht blos ein Bund besteht, der alle Gewerkschaften in sich vereinigt, sondern dass deren mehrere vorhanden sind, beweist, dass es nicht bloss materielle Beweggründe und Bedürfnisse sind, welche die Bündnisse ins Leben gerufen haben und dieselben zusammenhalten: er beweist, dass jeder Bund zugleich auch eine bestimmte Geistesgemeinschaft ausmacht, die durch das Band eines gemeinsamen ethisch-sozialen Ideals zusammengehalten wird. Dieser Zustand, welcher auch zu der dauernden Bekämpfung der Bündnisse und ihrer Glieder untereinander die wesentliche Veranlassung abgibt,

ist für den A. D. G.-V. ausschlaggebend, dass dieser sich weder den sogen. freien Gewerkschaften (sozialdemokratischer Tendenz), noch den Hirsch-Duncker'schen (liberal-demokratischer Tendenz), noch den christlichen Gewerkschaften vorläufig anschliessen kann. Sich mit einer der drei Gruppen dauernd in Verbindung zu setzen, verbietet vorläufig die Rücksicht auf die Eigenart der gärtnerischen Berufsverhältnisse und auf die Verschiedenheit der politischen Anschauung der Berufsangehörigen.

III. Den sich um wirtschafts- und sozialpolitische Partei- oder um sozial-ethische Glaubensideale scharenden Gewerkschaften aus dieser ihrer Stellungnahme etwa einen Vorwurf machen zu wollen, liegt uns fern; wir anerkennen vielmehr, dass die Pflege irgend eines Ideals für jede Gewerkschaft sogar eine Art Lebens- und Entwicklungsbedingung ist und dass solches Ideal nicht für alle das gleiche sein kann.

Soweit es sich nun im gewerkschaftlichen Kampfe um materielle und die soziale und wirtschaftliche Freiheit und Wohlfahrt der Arbeiterschaft oder einzelner Berufsgruppen derselben berührende Angelegenheiten handelt,

halten wir die gegenseitige Hilfeleistung auch sich geistig Fernstehender als eine einfache sittliche Pflicht, welcher sich auch unsere Organisation nicht entziehen darf. Vielmehr ist auf die Mitglieder erzieherisch einzuwirken, dass in dieser Beziehung das soziale Pflichtbewusstsein sich stetig deutlicher und erkennbarer ausprägt.

IV. Die Eigenart der gärtnerischen Berufsverhältnisse und die Verschiedenartigkeit der Anschauungen der Gärtnerei-Berufsangehörigen über politische und das menschliche Gefühlsleben berührende Angelegenheiten fordern aus organisatorischem Selbsterhaltungstrieb und aus Rücksicht auf eine gesunde und kraftvolle Fortentwicklung der gewerkschaftlichen Gärtnerbewegung gebieterisch,

die Frage der Angliederung des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins an irgend eine der bestehenden Gewerkschaftsgruppen vorläufig von der Tagesordnung abzusetzen und den Verein mit allen geeigneten Mitteln so auszubauen, innerlich und äusserlich so zu festigen und zu stärken, dass er seine gewerkschaftlichen Aufgaben und

Unternehmungen möglichst aus eigener Kraft zu günstigen Abschlüssen bringen kann.

Als wesentlichstes Mittel, um der Organisation diese notwendige Kraft zu geben, betrachten wir die Erziehung der Mitglieder zur gewerkschaftlichen Charakterstärke und zu strenger Vereinsdisziplin, wozu

ebensowohl der zweckentsprechende Ausbau der Unterstützungs-, Wohlfahrts- und Versicherungseinrichtungen, wie auch die unausgesetzte Förderung und verständnisvolle Pflege der Berufs- und Allgemeinbildung in weitestem und bestem Sinne die Grundlage abgeben muss.

Im festen Vertrauen auf die Gerechtigkeit und Sieghaftigkeit der vom Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein vertretenen Bestrebungen und in der begeisterten Hingabe der Kollegen für dieselben erblicken wir die sichere Gewähr für endliche Verwirklichung der Ziele unserer Organisation und Bewegung."

In der Ausschusssitzung am 6. September 1903 stellte Kollege Albrecht fest (s. Allg. D. G.-Ztg. No. 37 S. 290):

„Eine ausbreitungs- und handlungsfähige Gärtnergewerkschaft ist aber unter den heute gegebenen gärtnerischen Berufsverhältnissen nur möglich, wenn sie sich parteipolitischen Fragen bezw. politischen Parteien gegenüber eben so neutral (d. h. unbeeinflusst) verhält, wie sie das selbstverständlich auch konfessionellen Fragen bezw. Parteien gegenüber tun muss. Darüber waren wir uns im A. D. G.-V. immer einig, und wir sind das auch heute noch.“

Die sozialdemokratischen Gewerkschaften sind dieselben geblieben, und die Lebensbedingungen unseres Vereins auch. Wie ist es jetzt denn möglich, was vor einem Jahre aus „organisatorischem Selbsterhaltungstrieb und aus Rücksicht auf eine gesunde und kraftvolle Fortentwicklung der gewerkschaftlichen Gärtnerbewegung gebieterisch“ unmöglich war. —

Und nun: Ist der Anschluss eine finanzielle Notwendigkeit?

Ich antworte rundweg mit einem entschiedenen **Nein**. Gesezt den Fall, unser Verein befände sich wirklich in einer finanziellen Kalamität, so ist es ganz gleichgültig, ob wir der Generalkommission angeschlossen sind oder nicht. Aus den finanziellen Schwierigkeiten müssten wir uns auf jeden Fall selbst befreien. **Wer wagt das zu bestreiten?** Wie steht es nun mit dem ominösen Kreditgeber? I. Die Generalkommission selbst kann uns weder bei Streiks noch bei Aussperrungen Geld geben. II. Sie kann nur in ausserordentlichen Fällen Geld vermitteln. Dies geschieht aber nur, wenn die Organisation in Kämpfe verwickelt wird, die über den Rahmen des Alltäglichen weit hinausgehen. Solche Fälle sind für unsern Beruf nach menschlicher Voraussicht nicht annehmbar, ohne auf künstliche Gespenstermalerei zu verfallen. Dann müssen wir aber noch inbetracht ziehen, dass der Anschluss an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands aufgrund der bisherigen Erfahrungen keineswegs irgend welche Siegesgewissheit in Lohnkämpfen bietet. Man denke doch an die verlorenen Kämpfe der freien Gewerkschaften: Pirmasens, Iserlohn, Mannheim (Lanz) etc., ganz abgesehen von den verlorenen Kämpfen früherer Jahre. Wenn in der Streik-Statistik mehr Siege wie Verluste verzeichnet stehen, so ist dieses Mehr der Siege ausschliesslich auf das Konto der aus eigener Kraft der in Frage kommenden Organisationen gewonnenen Kämpfe zu setzen. Erfahrungen und Tatsachen reden den Wünschen gegenüber eine bittere Sprache.

Die Hauptgeldvermittler sind nun aber die Kartelle. Nun sagen aber unsere „Anschlussfreunde“, dass für unsere Zweigvereine ein Zwang, diesen Kartellen sich anzuschliessen, nicht geübt werden soll. Glaubt man denn, dass die den Kartellen angeschlossenen Gewerkschaften auch nur einen Finger rühren würden, wenn ein nicht angegliederter (unsolidarischer) Zweigverein in einen Lohnkampf verwickelt würde?

Die Kartelle verlangen nicht nur die Angliederung, sondern auch Beisteuer zu jedem in Betracht kommenden der vielen Lohnkämpfe anderer Berufe, und für die Lohnkämpfe im Gärtnerberuf, dass unsere Organisation alle geforderten Vorbedingungen erfüllt. (In Berlin wird der Nachweis verlangt, dass die streiklustige Organisation über die notwendigen Geldmittel für die ersten vierzehn Tage mindestens verfügt.) Also mit dem grossen Geld- und zweifelhaften Kreditgeben nach Anschluss an die Gewerkschaften ist in Wirklichkeit nicht viel anzufangen, wenigstens nicht soviel, als die Anschlussfreunde glaubend machen möchten. Und dann, noch das wundervolle Rechenexempel, dass, wenn in einem Streik unser Geld nicht ausreicht, so könnten ein paar hundert Mark oft zum letzten Schluss den Sieg bringen. Ja; aber wer sagt denn, wieviel hundert Mark bestimmt den Sieg bringen? Wer weiss denn das vorher? Wenn man das vorher wüsste, was „kluge“ Leute (und solche giebt es immer nach einem Streik) nachher wissen, dann kann man sich auch ebensogut vorher selbst helfen. Solches Kombinieren völlig unbekannter Dinge und Zufälle — ist das gewerkschaftlich? Kann man darauf die Zukunft unserer Organisation aufbauen? — Lohnkämpfe aller Art sind für die kämpfenden Arbeitnehmer immer mit Opfern verknüpft. Die Unterstützungen sind stets nur eine unzureichende Entschädigung für die Opfer. Die Begeisterung für die Sache muss den notwendigen Ausgleich schaffen. Folglich sind Begeisterung und Finanzmittel für Lohnkämpfe Bedingung.

Es ist möglich, Streiks ohne Finanzmittel zu führen (wenn auch nur kurze Dauer). Unmöglich aber sind Streiks ohne Begeisterung. Die nötige Disziplin wird unter den Streikenden nur durch das Vertrauen auf die vorhandenen Geldmittel (und der Fähigkeit der Streikleiter) nicht aber durch den blinden Glauben an die Sammelisten der „Kreditgeber“. Also, will eine Organisation gewerkschaftliche Kämpfe führen, so muss sie selbst die Geldmittel beschaffen. Auf welchem Wege dies geschieht, hängt von den Verhältnissen der Organisation ab. — Also eine Finanz-Notwendigkeit ist der Anschluss nicht. —

Auch die „soziale Seite der Tarifbewegung“ in der Landschaftsgärtnerei hat ein ganz anderes Antlitz als Kollege Albrecht es darzustellen beliebt. Tatsache ist, dass der 50 Pfg.-Stundenlohn den Gärtner über das Lohnniveau des Erdarbeiters emporhebt. Gewiss entstehen dadurch Verschiebungen im bisherigen Arbeitsverhältnis der Landschaftsgärtner. Die Sache liegt wie folgt: Solange der Gehilfenlohn auf der gleichen Höhe (oder auch darunter) der Arbeiterlöhne war, zogen die Prinzipale den Gärtner dem Arbeiter vor, und beschäftigten die Gehilfen im ausgedehnten Masse mit Arbeiterarbeiten. Sowie nun aber der Gehilfenlohn erheblich über den Erdarbeiterlohn steigt, beschäftigt der Prinzipal ganz naturgemäss die Gehilfen möglichst nur mit Gärtnerarbeiten und stellt für Arbeiterarbeiten Arbeiter (mit niederem Lohnsatz) ein. Folglich wird der Teil der Gehilfen, die Arbeiterarbeiten verrichteten, überflüssig — also arbeitslos. Nun stellen die Prinzipale die überflüssigen Gehilfen mit Vorliebe als Arbeiter, für Arbeiterarbeiten mit Arbeiterlohn, an. Albrecht's Folgerung ist unrichtig, „dass die Arbeiter die Konkurrenten der Gehilfen werden“, sondern die Gärtnergehilfen waren bisher die Schutz- und Schleuderkonkurrenten der Erdarbeiter. Dieser Zustand sollte durch den Tarifvertrag aufhören. Nunmehr sind ein Teil der Gehilfen unter Verläumdung ihrer Gehilfen-Qualität ehrliche Konkurrenten der Erdarbeiter. Die Hebung der Arbeiterlöhne ist Hauptaufgabe der gesamten Erd- und Hilfsarbeiterschaft. Selbstverständlich stehen wir diesen Arbeitern in diesen Kämpfen nach Kräften zur Seite. Die Zeit wird den Ausgleich in der Berliner Landschaftsbranche bringen, dahingehend, dass die überflüssig gewordenen Gehilfen entweder in die Privatgärtnerei übergehen, oder überhaupt vom Beruf abschwenken. Ein Teil wird aber auch aus persönlichen Gründen dauernd in dem Beruf der Erd- und Hilfsarbeiter verschwinden. Eine solche Umordnung des Bisherigen, wie es der Tarifvertrag zur Folge haben musste, vollzieht sich nicht von heute auf morgen; dazu sind Jahre notwendig.

Die Albrecht'sche Schlussfolgerung nimmt ganz unzutreffender Weise den Gärtnern jede Hoffnung, jemals auf höherer als auf die Erdarbeiter-Lohnhöhe zu kommen. Kollege Albrecht muss zu dieser Schlussfolgerung kommen, sonst würde er die Tarifbewegung nicht zur Begründung der Notwendigkeit des Gewerkschaftsanschlusses heranziehen können. All' den Kollegen, die das „Alle-Arbeitersein“ in seiner oberflächlichsten Form als „modernes“ Ideal ansehen, sind die Albrecht'schen Schlussfolgerungen Engelsmusik. Wenn ich mir aber diese Kronzeugen ansehe, so bin ich befriedigt.

Welche Wirkung hat nun unser Anschluss an die sozialdemokratischen Gewerkschaften? Unbestreitbar haben die „freien“ Gewerkschaften die sozialdemokratische Tendenz. Wer diesem Gewerkschaftsbunde beiträgt, muss selbstverständlich Statut, Programm und Tendenz anerkennen. Somit übernimmt unser Verein auch im Falle des Anschlusses den Ruf der Gewerkschaftsgruppe. Wer einer den Gewerkschaften angeschlossenen Organisation freiwillig oder gezwungen angehört, unterstützt dadurch bewusst oder unbewusst die sozialdemokratische Gesamtbewegung. Wer nicht Sozialdemokrat und kein gewerkschaftlicher oder politischer Darwinist (d. h. Anhänger der zufälligen Entwicklung) ist, sondern ein gereiftes politisches Urteil besitzt, kann auf die Dauer dieser Gewerkschaftsbewegung nicht mit Schaffensfreudigkeit angehören. Man denke sich doch den Zustand, der Nichtsozialdemokrat wird in Gewerkschaftsblättern, den Gewerkschaftsversammlungen und sonst geeigneten Gelegenheiten in versteckter oder offener Form als „rückständig“, „reaktionär“, „unaufgeklärt“ etc., wie die schönen Phrasen alle heissen, bezeichnet. In ähnlicher Weise verfährt man mit den anderen Parteien. Man braucht gar kein „Fanatiker“ zu sein; aber für einen Charakter ist ein solcher Zustand unerträglich. In unserm Verein werden (günstigsten Falls nach und nach) die Nichtsozialdemokraten das Feld in den führenden Aemtern räumen, Sozialdemokraten an deren Stelle treten. Ist erst dies geschehen, dann wird auch die Zeitung bald auf denselben Ton gestimmt. Unter Ansehung der Eigentümlichkeit der gärtnerischen Berufsverhältnisse schneiden wir dadurch aber den Mitgliederzuwachs in der Gärtnerjugend ab (wir verlieren für den Verein die notwendige Werbekraft), und machen es den älteren, überwiegend in Herrschafts- und Gutsstellungen sich befindlichen Kollegen unmöglich, dem Verein anzugehören. Die Folge ist die Aktionsunfähigkeit unseres Vereins. Die Zeitung, als unser wirksamstes Agitationsmittel muss auf die Agitation und nicht, wie z. B. das Hamburger Blättchen (und in der letzten Zeit auch unser Vereinsorgan) auf „Zwangs-Aufklärung“ gestimmt sein.

Gewiss ist es nicht die Aufgabe einer neutralen Gewerkschaft, die politische Sozialdemokratie zu bekämpfen, aber auch nicht die Aufgabe, davor in Hochachtung zu ersterben. Wohl aber hat sie die Aufgabe, denjenigen, der ihr an den Wagen fährt, loszuleuchten. In diesem Falle sind die Sozialdemokraten viel empfindlicher als alle anders gesinnten Mitglieder.

Wenn man nun immer wieder mit der Utopie einer einzigen deutschen Gärtnerorganisation, d. h. Verschmelzung mit der D. G.-Vg., kommt, so frage ich, in welchem Berufe giebt es nur eine gewerkschaftliche Organisation. In allen Berufen giebt es mehrere Verbände, ja, in verschiedenen Berufen sogar 2 bis 4 Organisationen, die im sozialdemokratischen Fahrwasser schwimmen, z. B. Maurer, Tischler, Holzarbeiter, Zimmerer, Metallarbeiter, Maler etc. etc. Dieser Zustand ist eben unter gegebenen Verhältnissen der natürlichen und zweckmässigen. Das sollte man doch endlich einsehen. Im gärtnerischen Berufe würde mit dem Tage der Verschmelzung der Verbände die Blütezeit der Lokalvereine neu beginnen. Deswegen gewöhnen wir uns doch endlich daran, dass sogut wie in jeder Gärtnerei ein Komposthaufen sein muss, auch im Organisationsleben in jedem Beruf eine Gruppe der Uebermenschlichen, Radikalen und Raubbeine existieren muss. —

Die Ursache unserer Gewerkschaftsfrage liegt nun meines Erachtens viel tiefer, als in finanziellen oder sonst angeführten Ursachen. In unserm Verein wiederholt sich, was schon vor-

her öfter im öffentlichen Leben beobachtet werden konnte. In wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Körperschaften können alle politischen Richtungen friedlich zusammen arbeiten, nur mit den Sozialdemokraten ist dies auf die Dauer nicht möglich. Diese werden nicht eher ruhen, als bis sie die Organisation der sozialdemokratischen Bewegung angegliedert und das Heft in den Händen haben. Dieser Zustand liegt auch in unserm Falle vor. Wer den Dingen näher steht, dem ist das auch erklärlich. Der Sozialdemokrat hält seine Partei und ihre Lehren für im Alleinbesitz des Richtigen, für mehr denn unfehlbar; sich selbst für „aufgeklärt“, alle Andersdenkenden für „rückständig“. Dieser Geist der Ueberhebung, des Uebermenschentums muss stets zersetzend und herrschend wirken.

„Soll der A. D. G.-V. auch künftighin noch eine Gewerkschaft sein bzw. bewusst und grundsätzlich als solche auftreten, — oder soll er ein Verein für Fachsimpelei und Geselligkeit werden?“

Diese krasse Frage hat Kollege Albrecht aufgeworfen. Ich beantworte den ersten Teil mit einem ebenso unterschiedenen **Ja!**, wie ich den letzten Teil derselben **verneine**. Diese Frage hat mit unserer Stellung zu den soz.-dem. Gewerkschaften herzlich wenig zu tun. **Wir wollen grundsätzlich und bewusst eine Gewerkschaft sein und bleiben und zwar eine unabhängig-neutrale Gewerkschaft.** Aber muss man denn, um aus dem ersten Stockwerk auf die Strasse zu gelangen, aus dem Fenster springen und sich die Glieder zerschmettern? Ich denke, man wird als verständiger Mensch die Treppe heruntersteigen und kommt lebend ans Ziel. Mir ist der Zweck der gestellten Frage nur so erklärlich, dass dadurch die Mitglieder verblüfft werden sollen.

Die Mitglieder haben nun durch die Urabstimmung zu entscheiden, ob die Fahrt in der **bewährten neutralen unabhängigen Richtung**, auf der ausser unserm Vorsitzenden Kollegen Klein und mir auch 8 von den 13 Gauvorsitzenden und zwar die Kollegen Bach-Köln, Bartelt-Wixhausen Lindemann-Hattingen, Nötzler-Danzig, Siebel-Dresden, Wegener-Sehnde-Hannover, Weinrauch-München und Wisch-Stettin stehen, weiter gehen, oder ob die hauptsächlich von aussen hereingetragenen Bestrebungen „Anschluss“ an die **Arbeiterbewegung sozialdemokratischer Tendenz erfolgen soll**. Diese Frage muss mit aller Schärfe und Bestimmtheit gestellt und **beantwortet** werden. Irgend welches Verkleistern der Gegensätze, Hinausschieben der Entscheidung ist zwecklos. Der Verein stagniert in dieser Unbestimmtheit und mit ihm die deutsche Gärtnerbewegung. Klarheit im Wollen und Einheit im Sein ist notwendig, um wieder die alte Freudigkeit in der Bewegung aufleben zu lassen. Die unerwartet grosse Zahl der Zuschriften, die ich auf meinen „Warnungsruf in der elften Stunde“ erhielt, lassen deutlich darauf schliessen, dass auch die Urabstimmung den Anschluss an die „freien“ Gewerkschaften mit grosser Majorität ablehnen wird. Diese Ablehnung muss im Interesse der Aktionsfähigkeit des Vereins nicht wieder „vorläufig“ sondern auf **„alle absehbare Zeit“** erfolgen. Die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, sind für die Gärtnerbewegung segensreicher als der jetzige unklare Zustand.

Und nun noch ein Wort zum Schluss. Wenn diesem oder jenem Kollegen meine Meinung (als „bezahltem“ Geschäftsführer) in dieser Frage nicht sehr wichtig erscheint, so sollte man doch ernstlich beachten, dass die acht Gauvorsitzenden, die meinen Standpunkt teilen, Kollegen sind, die meist seit langen Jahren in den Reihen des A. D. G.-V. kämpfen, in der Bewegung und Agitation in ihren Gauen durch das Vertrauen der Kollegen im Vordertreffen stehen und die als Männer im gereiften Alter wohl die nötige Uebersicht besitzen, um sich ein Urteil erlauben zu können. Wenn diese ebenfalls zu der Ueberzeugung gelangt sind, dass ein

Anschluss abzulehnen ist, und in dieser ihrer Gewerkschaftsgegnerschaft durch die Ausschussverhandlungen noch bestärkt wurden, so darf man daraus wohl schliessen, dass die Sache der Anschlussgegner durchaus gut ist.

Der Allgemeine Deutsche Gärtner-Verein soll eine unabhängige neutrale Gewerkschaft sein und bleiben!

Franz Behrens.

Krankenkasse f. d. Gärtner.

Bekanntmachung.

Nachdem wir der Aufsichtsbehörde den Rechnungsabschluss für das 1. Halbjahr 1903 übermittelt haben, berufen wir hierdurch aufgrund der Bestimmung des § 35 des Statuts und auf Veranlassung der Aufsichtsbehörde die ausserordentliche Generalversammlung zum 11. Oktober d. Js. am Sitze der Kasse ein. Wir werden, um Kosten zu sparen, und weil es sich nur um behördliche Anordnung, bzw. um die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz handelt, den Mitgliedern Abgeordnete in Vorschlag bringen aus den Verwaltungsstellen der nächsten Umgebung Hamburgs. Zu ändern ist nach der vorgenannten Novelle der § 10 Absatz 10 des Statuts, und zwar ist die Mindestleistung von 13 auf 26 Wochen hinaus zu schieben. Desgleichen ist die Streichung des Satzes „oder geschlechtliche Ausschweifungen“ im § 10 Absatz g erforderlich, wie ebenso die Bestimmungen der §§ 8 Absatz i und 15 Absatz 12 geändert werden müssen, da nach der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz die Ordnungsstrafen nur bis zum dreifachen Betrage des täglichen Krankengeldes erhoben werden dürfen. Durch diese Mehrbelastung der Kasse ist auch die Aenderung des § 8 Absatz c sub b erforderlich und zwar muss es heissen: vom „zweiten“, vom „dritten“ Tage an gerechnet. Nach dem vorliegenden statistischen Material wird die Kasse durch diese neuen Bestimmungen des Gesetzes ganz bedeutend belastet, und werden wir deshalb auch mit dem 1. Januar 1904, bis zu welchem Tage das Statut geändert sein muss, neue Beitrittserklärungen herausgeben.

Um jede unnötige Ausgabe zu vermeiden, werden wir jeder Verwaltungsstelle nur einen Wahlzettel mit den Namen der von uns in Vorschlag gebrachten Abgeordneten zustellen, und verweisen wir dabei auf das in den letzten Tagen zum Versand gekommene Rundschreiben. Neue Statuten werden wir nach der Bestätigung der Aenderungen durch die Aufsichtsbehörde nicht herausgeben, sondern nur einen Anhang drucken lassen, welcher dann den Mitgliedern auszuhängen wäre.

Hamburg, den 10. September 1903.

Der Hauptvorstand.

F. Fahrenberg. C. E. O. Busse. J. Schwark.
Aug. Stamme. G. R. Heyer. V. Gustedt.

Der Prüfungsausschuss.

P. Sieweck, Rheinböllerhütte. Ralph Meisel, Darmstadt.
Karl Ehardt, Frankfurt am Main.

Revisions - Protokoll.

Im Bureau der Krankenkasse für deutsche Gärtner erschienen heute die unterzeichneten Mitglieder des Prüfungsausschusses, um die satzungsgemässe Revision der Kassengeschäfte vorzunehmen. Die Prüfung der Bücher und Beläge ergab eine vollständige mustergültige Uebereinstimmung, und wurden ebenso die vorgelegten Urkunden und Kassenbestände des Kassenvermögens in Ordnung und in Uebereinstimmung mit den Buchungen gefunden, sodass die Unterzeichneten dem Geschäftsführer und dem Hauptvorstand nur ihre volle Anerkennung für die sorgfältige Führung der Geschäfte und Wahrnehmung der Interessen der Kasse aussprechen können. Urkundlich dessen haben die Unterzeichneten dieses Protokoll eigenhändig unterfertigt.

Hamburg-Uhlenhorst, den 10. September 1903.

gez.: Ralph Meisel, Darmstadt. Paul Sieweck, Rheinböllerhütte. Karl Ehardt, Frankfurt am Main.